Ausgabe B
Berlin u. Umgegend Nr. 24

Abend-Ausgabe

Montag, 14. Februar 1921
50. Jahrgang

Berliner Tageblatt
und Handels-Zeitung

Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

England und die deutschen Gegenvorschläge.

Festhalten am Pariser Abkommen?

Eine offiziöse Reuter-Erklärung.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Brüssel, 14. Februar.

Reuter erklärt zu der Haltung Deutschlands auf der kommenden Konferenz in London: „Die maßgebenden englischen Kreise sind der Ansicht, daß das beste Mittel, die Dinge dort vom deutschen Standpunkte aus zu erleichtern, die Vorlage konkreter Vorschläge ist, die die Art und Weise betreffen, in der Deutschland den Forderungen der Alliierten entsprechen will. Damit wird Zeit gewonnen, denn jeder Versuch seitens der Deutschen, das Pariser Abkommen zu zerstören, wäre von vornherein ein Mißerfolg." Diese Erklärung, wenn sie, wie es scheint, wirklich „maßgebend" ist, beschränkt sehr erheblich die vor acht Tagen abgegebene Versicherung Lloyd Georges, daß Gegenvorschläge ohne Einschränkung angehört werden sollen. Man kann sich allerdings nicht verhehlen, daß er in seiner Rede auf die Frage der geeigneten Mittel und Wege der Realisierung der Kriegsschulden als Hauptthema der Londoner Konferenz hingedeutet hat. Auch Lloyd George scheint der Ansicht zu sein, daß die Last der Zahlungen sehr gemildert werden kann durch geeignete Formen der Zahlung. Einen so scharfen Trennungsstrich zwischen dieser Frage und der Frage des Umfangs der deutschen Verpflichtungen, wie in dem eben erwähnten Communiqué, hat aber Lloyd George jedenfalls nicht gemacht. Man muß in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, daß man in England sich immer noch nicht entschließen kann, an einen weitgehenden Widerstand Deutschlands gegenüber den Pariser Beschlüssen zu glauben.

Dr. Wirth über die Londoner Konferenz.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

G. Münster, 14. Februar.

Auf Veranlassung der Zentrumspartei sprach am Sonnabend abend im überfüllten Saale der Stadthalle Reichsfinanzminister Dr. Wirth über die bevorstehenden Londoner Verhandlungen. Er nahm Bezug auf die Bemerkungen in den Dispositionen der Alliierten, daß die Beschlüsse einstimmig gefaßt worden seien. Man könne das so deuten, als ob wir bereits einer festen Phalanx gegenüberständen. Wenn in London nur ein Diktat entgegengenommen werden sollte, dann sei er der Auffassung, daß die deutschen Minister erst gesucht werden müßten, die dann nach London gingen. Eine Diskussion müßte unter allen Umständen stattfinden. Es müßten sich wirtschaftlich sachverständige Menschen um den grünen Tisch sammeln. Die deutsche Regierung wolle mit Vernunft und Gefühl nach London gehen, aber die Gefühlswelt allein dürfe uns nicht beherrschen. Daß die Verständigung, die man suche, uns große, schwere und unendliche Opfer auferlegen würde, sei ganz selbstverständlich, aber man könne keine Vermögenswerte geben, die Arbeit müsse die Grundlage sein, auf der man in London verhandle. Niemals werde es eine deutsche Regierung geben, die unter ein Versklavungsdiktat, das Ja der Reichsregierung setze. Wenn das deutsche Volk bereit sei, vorübergehend Opfer zu tragen, würde London es niemals niederdrücken können. Auch für die Arbeiterwelt sei das Londoner Diktat von großer Bedeutung. Mit besonderem Nachdruck wies der Minister darauf hin, daß das, was über die Gegenvorschläge durch die Zeitungen gehe, frei erfunden sei.

---

v. Die deutschen Sachverständigen entwerfen gegen- die Gegenvorschläge, die in London vorgelegt sollen. In der ersten Sitzung mußten sechsunddreißig rliche befragt werden, jetzt arbeitet, dem Himmel sei ne erheblich kleinere Unterkommission. Die Meinungen , was man vorschlagen müsse, werden wohl verschieden as ist eigentlich kein Fehler, man könnte ja zunächst mehrere Entwürfe anfertigen lassen, und es ist immer iele Ideen zu haben, als gar keine Idee. Selbstver- ist nur derjenige Vorschlag brauchbar, der nicht um e herum, sondern entschlossen auf sie losgeht, und nicht Andeutungen, sondern klare Ziffern gibt. Daß mit Hode des einfachen Heruntertandelns etwas Nennens- erreicht werden würde, kann niemand glauben, der die ntarisch-politische Situation in Frankreich beobachtet Kammerdebatte über die Pariser Beschlüsse einige Auf- nkeit gewidmet hat. Wenn in Frankreich die Pariser se bemängelt, für unzureichend erklärt und wie ein zubereitetes Gericht lustlos genossen werden, so ist dabei ch ein gewisses Quantum Schauspielerei, denn nicht um ngen lassen, will zeigen, daß man — wahrhaftig — diesem Falle wieder der englischen Freundschaft un- Opfer bringe, und daß es nun aber auch völlig un- wäre, noch einen Schritt weiter zu gehen. Indessen, les ist Komödie, die Intrigen des Herrn Poincaré und Leute auf der einen, der Tardieu, Klotz und der übrigen rceau-Paladine auf der anderen Seite, die allesamt Herrn in den tiefsten Abgrund schmettern möchten, spielen it, der von den Blinden nicht erwartete deutsche Wider- gegen die Beschlüsse hat die Stimmung verdorben und ch rechnet man sich aus, daß trotz einem Milliarden- der zweiundvierzig Jahre dauern soll, Frankreich vor- sein Defizit, seine Schulden, seine ganzen Finanz- täten behält. Fast alle Redner in der Deputierten- r, die Herrn Briand gegenüberstraten, haben konstatiert, e französische Schuldforderung, England zuliebe, von ndert Milliarden Goldfrancs auf hundertsechsunddreißig Kleinigkeit — herabgesetzt, und daß auch diese be- ne Summe, durch die Zerlegung in so viel Jahresraten, rmaßen aus einer großen, befruchtenden Regenwolke eine, zerrinnende Wölkchen aufgelöst worden sei. Forgeot, ein „junger und brillanter Deputierter", der immer höfische „Figaro" ihn nennt, hat stürmischen Beifall erklärt, das Pariser Abkommen lich", wenn man es in London nicht verbessere, r Deputierte Fabry, ein Unterzeichner der abschließenden ordnung, hat, indem er dem Kabinett Briand sein Ver- aussprach, die gleiche Bedingung gestellt. Es ist sehr rscheinlich, daß der vorwärtsgestachelte Briand zu er- en Zugeständnissen bereit sein würde, wenn man ihm ndon sagen wollte: Ihr habt so und soviel gefordert, eten euch einen Teil davon. Es wird auch schwer sein, an Seydoux' mit dem fünfjährigen Provisorium wieder ren zu bringen, da seine ehemaligen Befürworter ihn so schamhaft und ängstlich totschweigen, als habe er nie t. Eine Aussicht auf Verständigung kann sich nur er- wenn man die alten Wege ganz verläßt und neue sucht. wird man gut tun, zu bedenken, daß Frankreich sich s, was in vierzig Jahren gezahlt werden könnte, weniger ert als um die Gegenwart. Der „Temps" fordert in Richtertone, den er nur ein paar Wochen lang sich ab- nt hatte, und mit dem er so gar nichts erreicht, Deutsch- auf, seine „Schuld zu mobilisieren" und Anleihen ab- eben, um möglichst schnell alles zahlen zu können, was reich wünscht und braucht. Er denkt sich das offenbar nzahlung auf die Gesamtsumme, die man von uns ver-

So geht es natürlich nicht, denn eine Verpflichtung, oder eine ähnliche Summe zu bezahlen oder als Schuld kennen, wird von der deutschen Regierung — Herr imons hat es in Stuttgart gestern ja an Bestimmt- cht fehlen lassen — und vom ganzen deutschen Volke ab- hnt. Sollte aber, was nicht feststeht, eine inter- onale Anleihe sich unterbringen lassen, so würde, die für Deutschland unannehmbaren, uns nicht aufzu- enden und unausführbaren Pariser Beschlüsse in der kung verschwänden, diese Lösung zum mindesten wohl rt werden können, obgleich sicherlich jeder an die schwere auernde Belastung, die sich aus der Verzinsung ergeben , mit Zweifel und Sorge denkt. Jedenfalls hätte es Sinn, sich in eine Taktik zu verrennen, die mit Hilfe Abstrichen, von Verminderung und Umstellung der n, einen Vergleich erstrebt. Die Franzosen würden im sien Falle ganz wenig sich abhandeln lassen, ganz wenig für uns so gut wie gar nichts, und es wäre dann ch überflüssig, überhaupt erst nach London zu gehen.

n nächsten Sonntag werden die Wählerinnen und ler in Preußen berufen sein, ihr Staatsbürgerrecht üben, oder vielmehr ihre Staatsbürgerpflicht zu erfüllen. muß denjenigen, die es sich etwa bequem machen und ruse bleiben möchten, deutlich sagen, daß in einem e, dessen Bürger nicht mehr Untertanen sind und nicht von der Gouvernante behütet werden, solche Gleich- keit von einem sittlichen und geistigen Defekte zeugt. Wir mit manchen Erscheinungen in der Deutschen demo- tischen Partei durchaus nicht einverstanden, aber das Dinge, über die man nach Tische sprechen wird. Heute notwendig, sich das ungeheuere Unheil klar zu machen, ür Deutschland entstehen müßte, wenn es den Gegnern Staatsform, den Urhebern der Kriegskatastrophe, den n Ratgebern und dröhnenden Vorkämpfern aller falschen lüsse, gelingen sollte, das politisch noch mangelhaft ge- Volk weiter zu blenden und vom Wege ruhiger, stetiger rtsentwicklung in das Dickicht der Abenteuer abzu- Die Deutsche Volkspartei, jetzt Teilnehmerin r Reichsregierung, wendet die Mittel, vor denen sie nicht zurückschreckte, diesmal nur in beschränktem Maße Ihre große Versündigung besteht, ganz abgesehen von tinnisierung und anderen Dingen, in der Zweideutigkeit, r sie zwar am Wiederaufbau des Staates mitwirkt, zugleich aber durch monarchistische Agitation die Festigung des Staates und der Staatsautorität unmöglich macht. Da die Deutschnationalen jetzt beim Schöpfen aus den Rinnsteinen nur noch wenig oder gar keine Konkurrenz haben, hoffen sie und können sie hoffen, einen schönen Wahlerfolg zu sehen. Sie sind eigentlich keine politische Partei, sondern ein Becken, in das sehr verschiedene, reine und weit mehr unreine, Wasser zusammenströmen, aber gerade darin, und in der ungemilderten Demagogie, in der Aufreizung der dummen Leidenschaften, in dem Spiel mit vernunftlosen Phantasien, in dem absoluten Verzicht auf jeden realpolitischen, praktisch ausführbaren Gedanken liegt ihre Anziehungskraft. Zu ihnen kommen anständige Männer und Frauen, die nicht nachdenken können und auch nicht nachdenken wollen. Zu ihnen kommt, erfreut, seine Gemeinheit und die im Kriege gewaltsam gesteigerte Verrohung als Beweis nationaler Gesinnung anerkannt zu sehen, ein unsagbarer Mob. Zu ihnen kommen die Verärgerten, die sich vom alten Staate protegiert und versorgt fühlten und, statt mutig der Zeit sich anzupassen, oder auch ohne eigenes Verschulden in wirtschaftliche Not hineingerissen, zornig lästernd in der Ecke stehen. Zu ihnen kommen die Herrennaturen auf dem Lande und im Lande, meist tüchtige Verdiener, die keine Beschränkung ihres Willens vertragen, und zu ihnen kommen auch all die katilinarischen Existenzen und eine große Masse schnell sich feudal dünkender Emporkömmlinge, die ihren zusammengeschobenen neuen Reichtum gegen die Begierden des Volkes sichern möchten und denen die Republik nicht sein genug erscheint. Dazu gehört eine Presse, die zumeist — es gibt immer Ausnahmen — den untersten dieser verschiedenen Anhängerschichten zu gefallen strebt. An der Spitze reiten Helfferich, der einst zu Besserem bestimmt schien und leider mit der Versicherung, daß die Feinde alles zahlen würden, das deutsche Finanzelend heraufbeschworen hat, und Hergt, der gesagt hat, daß die amerikanische Armee „nicht schwimmen und nicht fliegen" und darum nicht herüberkommen könne, und ein paar Ehrengreise werden, des respektablen Eindruckes wegen, im Zuge mitgeführt. So ist die deutschnationale Partei. Naive Leute haben ihr geraten, sich vom knotigsten Antisemitismus zu trennen, aber wie sollte sie auf die Lockungen der Pöbelworte verzichten, da sie ihrem Publikum nichts anderes zu bieten weiß? Sie kann weder Wilhelm II. zurückholen, noch einen Revanchekrieg beginnen, noch auch nur hierundzwanzig Stunden regieren, ohne die Wiederaufrichtung Deutschlands zu vereiteln, und die Klügeren ihrer Anhänger sind sich im Klaren darüber, daß sie das alles nicht kann. Aber sie kann immerhin durch Verhetzung das Land aufwühlen, durch Lärm und Agitationserfolge die feindliche Front draußen festigen, aus Führerehrgeiz und Ranküne jede stetig aufbauende Politik durchkreuzen, und das ist allerdings auch ein nationales Programm.

Vor kurzem ist ein Buch mit dem Titel „Niederbruch und Aufstieg" erschienen, das, der Aufschrift zufolge, „von einem Staatsmanne", und, wie die Buchhändlerreklame versichert, sogar „von einem überragenden Staatsmanne" verfaßt worden ist. Ueberragende Staatsmänner wachsen bei uns bekanntlich nicht wie die Kornblumen, und bisher hat man nicht ergründen können, wer sich hinter der pompösen Maske verbirgt. Der Verfasser weiß in der Verwaltung gut Bescheid, hat auch sonst vieles gesehen, hat offenbar bei den Konservativen gesessen und sich einen höflichen Antisemitismus bewahrt. Zu diesem letzteren Punkte ist zu bemerken, daß man wahrhaftig noch kein Antisemit ist, wenn man sich von der aufdringlichen Breitmacherei und dem Aufputz gewisser männlichen und weiblichen Gestalten schaudernd abwendet — ohne die grobe Unmanier völkischer Kraftmichel und Aehnliches angenehmer zu finden —, daß man aber durch verallgemeinernde Betrachtungen über die Unterschiede nationaler Gesinnung in die antisemitischen Verzerrungskünste hineingerät. Der Verfasser des Buches „Niederbruch und Aufstieg" verurteilt Wilhelm II. ohne Gnade, nennt ihn einen „unfähigen Monarchen" und zeigt, welch ein Unglück es war, daß dieser Kaiser, nur im Verkehr mit dem Reichskanzler und dem Staatssekretär, in der Führung der auswärtigen Politik eine unbeschränkte, von keinem Parlamente kontrollierte Macht besaß. Er verwirft auch den wohlmeinenden, „schwächlichen Bethmann" und den „impulsiven, nervösen Helfferich". Er lobt Ludendorffs rein militärische Eigenschaften und schildert, wie der Jubel des deutschen Volkes, das „Helden zu haben und zu verehren" wünschte, diesem hochbegabten General zu Kopfe stieg. Ludendorff habe schließlich „durch sein starres Festhalten am Siegesgedanken, durch falsche Einschätzung der eigenen und der fremden Macht, durch Ueberspannung der Kräfte des deutschen Volkes die Schlußkatastrophe herbeigeführt." Aber auch Ludendorff trage nicht die Hauptschuld, sondern der in ihm verkörperte, durch die militaristische Erziehung entwickelte, vom Volke verhimmelte, weltfremde, über einen engen Horizont nicht hinausgelangende Geist. Niemals zuvor hatte während eines Krieges „die Beläugung des eigenen Volkes durch unsere militärischen Nachrichtenquellen" ein so „ungewöhnlich hohes Maß" erreicht. Jede kritische Regung sei unterdrückt, immerfort sei auf dem Papier gesiegt worden, das Militär und „die breiten, von diesem faszinierten Volkskreise" hätten jeden, der auf einen vernünftigen Frieden hinarbeitete, „als Defaitist oder gar als Hochverräter verschrien". Nie in der modernen Zeit habe man eine so „ungeheuerliche Ueberschätzung der eigenen und Unterschätzung der gegnerischen Kräfte", wie bei der Entfesselung des unbeschränkten U-Boot-Krieges erlebt. „Das Schicksal eines großen Weltreiches wurde dadurch besiegelt, daß einige urteilsunfähige Marineoffiziere von der Lage sich ein gänzlich falsches Bild machten, daß das den Seeverhältnissen fernstehende Militär dies aufgriff, daß durch eine rührige Propaganda große Teile des deutschen Volkes für den Gedanken gewonnen wurden, und daß schließlich unter der Mitwirkung der verantwortlichen Politiker, welche innerlich dagegen waren, aber doch nachgaben, der Kaiser dafür entschied." Weiter schildert der ungenannte Staatsmann, wie während des Krieges nach der militärischen Losung „Geld spielt keine Rolle" gewirtschaftet wurde, „vielfach hinter der Front ein verwerfliches Wühleben" herrschte, „Schiebungen keine Seltenheit" waren, das Beispiel mancher Offiziere demoralisierend wirkte, der Schleichhandel zu blühen begann. Er wendet sich gegen das zur Entlastung der Verantwortlichen erfundene Wort, daß „die Front von hinten erdolcht" worden sei, und zeigt, wie die Westfronten und zugleich, weil man jedes Augenmaß verloren hatte, Deutschland, mit seinem „vom Kriegsrausch umnebelten" Volke, zusammenbrach.

Dann kommt er zur Republik, und der konservative oder ehemals konservative Staatsmann tadelt natürlich den „Dilettantismus", die mangelhafte Bekämpfung der Schieberei und anderes, was wir ganz so beurteilt haben und beurteilen wie er. Aber er sagt, daß die Dinge sich bessern, und daß schon manches erreicht wurde, und unter anderem, daß „Deutschland auf dem Wege zum Einheitsstaat bereits jetzt bedeutend über das hinausgeschritten ist", was Bismarcks Staatskunst geschaffen hat. Er fragt, ob die Wiederkehr der Monarchie möglich und wünschenswert sei. „Kein Deutscher," antwortet er, „der seine fünf Sinne beieinander hat und nicht durch persönliche Interessen in seinem Urteil getrübt ist, kann die Wiederkehr eines Zustandes wünschen, in dem ein unfähiger Monarch auf eigene Faust", so wie Wilhelm II. es getan hat, „sein Land in eine unsinnige Politik verstricken kann." Auch die Errichtung einer Schweinmonarchie nach englischem Muster würde, „wenn überhaupt, nur um den Preis eines Bürgerkrieges zu haben" und obenein „auch aus Gründen der auswärtigen Politik für absehbare Zeiten nicht möglich" sein. Der Krieg, in dem uns die einheitliche Leitung fehlte, während die Republiken Frankreich und Amerika und die Scheinmonarchie England einheitlich geleitet wurden, und die ganze politische Ueberlegenheit Frankreichs hätten alte Vorurteile zerstreut. Die deutsche Republik habe bis jetzt — obgleich der schreibende Staatsmann allerlei gute Leistungen anführt — „wenig Gutes und viel mehr Schlimmes